ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Odhner, Clas-Erik

Article

Schwedens Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Odhner, Clas-Erik (1987) : Schwedens Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 13, Iss. 3, pp. 371-391

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332254

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Schwedens Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre*)

Clas-Erik Odhner

Jetzt, wenig mehr als vier Jahre danach, können wir mit Sicherheit sagen, daß ein klarer Wechsel in der wirtschaftlichen Entwicklung Schwedens eingeleitet wurde, als die Sozialdemokraten im September 1982 wieder an die Macht gelangten.

Die sozialdemokratische Regierung setzte schrittweise die Strategie der Solidarität der Arbeiterbewegung an die Stelle der konservativen Philosophie des Wettbewerbs und Konfliktes.

Sie wissen sicherlich alle, daß die Sozialdemokraten 1982 mit großem Aufsehen ihre Arbeit aufnahmen. Um „fliegend" starten zu können, werteten sie die Schwedenkrone um 16 Prozent ab – zusätzlich zu der im Jahr davor vorgenommenen 10-Prozent-Abwertung. Ich muß zugeben, daß ich selbst zu diesem Zeitpunkt einer derartig hohen Abwertung skeptisch gegenübergestanden bin, obwohl die Krone in der vorangegangenen Periode stark überbewertet worden war, weil ich befürchtete, daß die inflationären Reaktionen nicht kontrolliert werden könnten. Die Regierung jedoch schloß mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung, daß jene für die Abwertungseffekte auf die Lebenshaltungskosten keine Abgeltung verlangen sollten; diese Abmachung wurde im großen und ganzen eingehalten.

Das Leistungsbilanzdefizit, das zu diesem Zeitpunkt das brennendste Problem war, verkehrte sich ziemlich schnell ins Gegenteil: von etwa 20 Milliarden minus in den Jahren von 1980 bis 1982 auf minus 7 Milliarden 1983 bis zu einem kleinen Überschuß 1984. Später entstanden einige

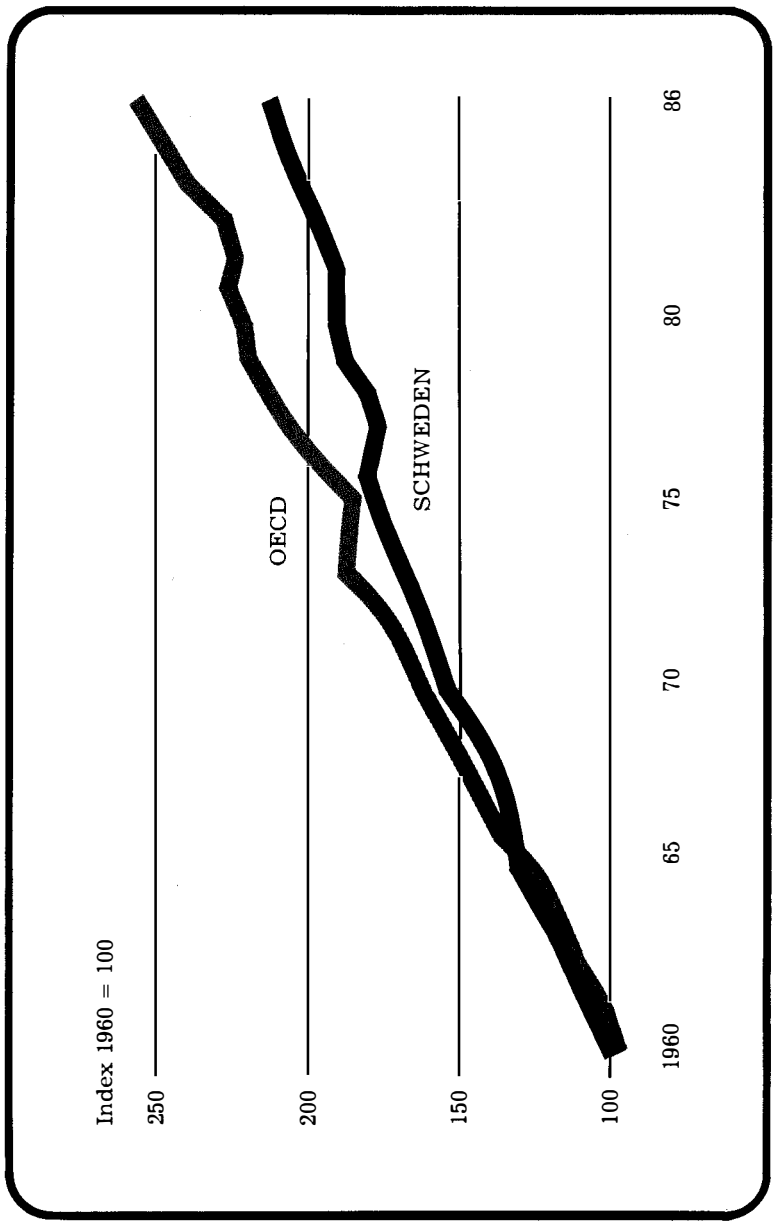
*) Referat gehalten am Neujahrsseminar 1987 des Arbeitskreises Dr. Benedikt Kautsky in Bad Aussee. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Ernst G. Jauernik.

Probleme, insbesondere bei Lohnverhandlungen und am schwedischen Arbeitsmarkt, der früher für seine Friedlichkeit bekannt war. Das Wachstum der Produktion und der Produktivität in den Jahren 1985 und 1986 war nicht sehr strahlend. Das sind Probleme, die sich in die Zukunft fortpflanzen.

Meine Absicht ist es, Ihnen drei der wichtigsten Problembereiche darzustellen. Diese Bereiche sind: Lohn- und Stabilitätspolitik, die

Diagramm 1:

Wachstum des Bruttonationalprodukts in Schweden und den OECD-Ländern 1960–1986



zukünftige Entwicklung des öffentlichen Sektors und die Aktionsbeschränkung und -freiheit eines kleinen, hochindustrialisierten Landes in der internationalen Wirtschaft. Ich glaube, daß diese Probleme in anderen kleinen Industrieländern ziemlich dieselben sind, oder zumindest ahnen lassen, was auf sie zukommt. Zuerst jedoch möchte ich Ihnen als Hintergrund einen kurzen Abriß über die wirtschaftlichen Entwicklungen im Schwerden der achtziger Jahre geben.

Diagramm 2:

Gesamtwirtschaftlicher Produktivitätszuwachs 1961–1986

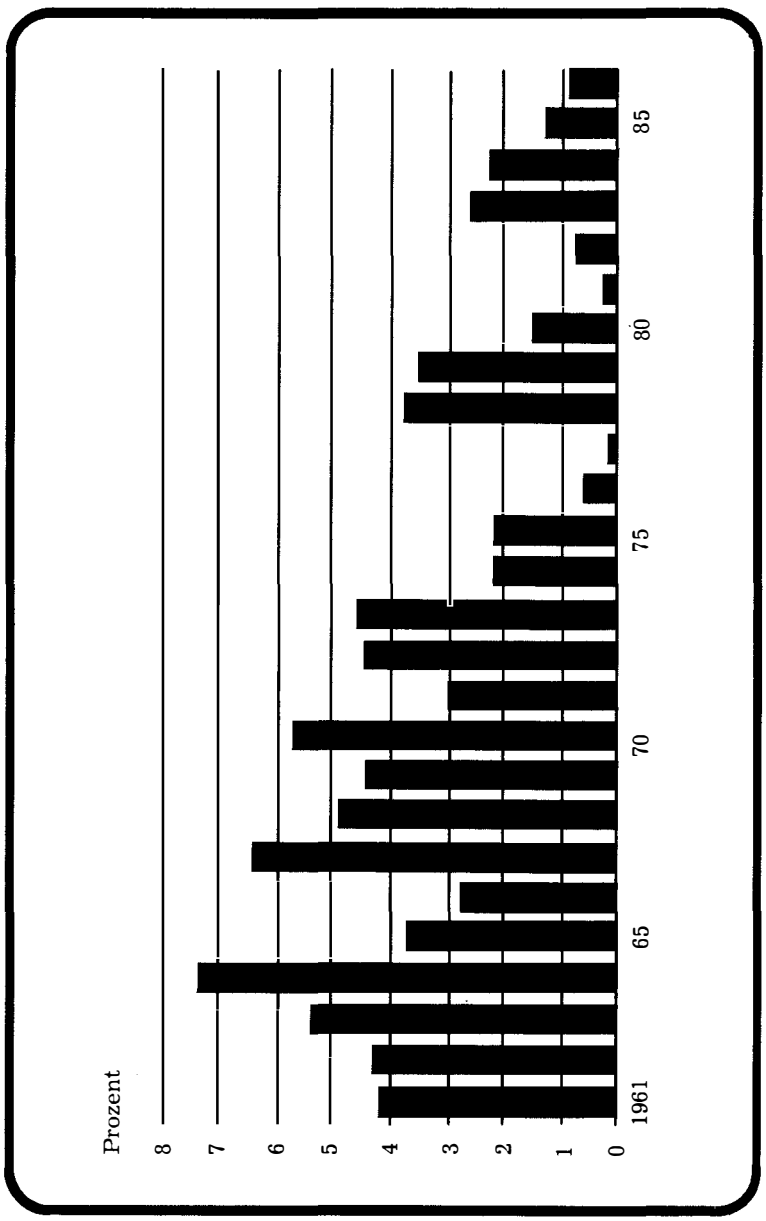


Diagramm 1 zeigt das Wachstum des Bruttonationalprodukts in Schweden seit 1960 im Vergleich mit allen anderen OECD-Ländern zusammengenommen. Man sieht, daß die Wachstumsrate in Schweden beträchtlich niedriger als der Durchschnitt war, und das besonders in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Seit 1983 war sie zumeist niedriger als in den USA und der BRD, und die Prognosen für 1987 zeigen keine Veränderung dieser Verhältnisse.

Diagramm 2 zeigt den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg in Schweden in derselben Periode. Man sieht den überaus starken Effekt des ersten Ölpreisschocks 1974. Später war der Produktivitätszuwachs nur mehr sehr gering, mit Ausnahme der Jahre höherer Kapazitätsauslastung, nämlich 1978/79 und 1983/84. Für 1987 wird nur ein Produktivitätszuwachs von 0,7 Prozent prognostiziert.

In den letzten 15 Jahren stieg die Abhängigkeit der schwedischen Wirtschaft von ausländischen Märkten schnell an, nämlich von 20 Prozent des BNP 1970 auf 30 Prozent 1985. 1974 gab es einen kräftigen Sprung, da die Preise für Holz und Holzprodukte in derselben Richtung wie die Ölpreise reagierten, allerdings mit der Ausnahme, daß die Ausweitung des Außenhandels im Verhältnis zum BNP eher stabil war.

Gleichzeitig jedoch fiel der Anteil der Beschäftigten in der Industrieproduktion beträchtlich, und der Anteil des öffentlichen Sektors stieg stark an. Diese Tendenz, die in allen industrialisierten Ländern beobachtet werden kann, ist in Schweden stärker ausgeprägt.

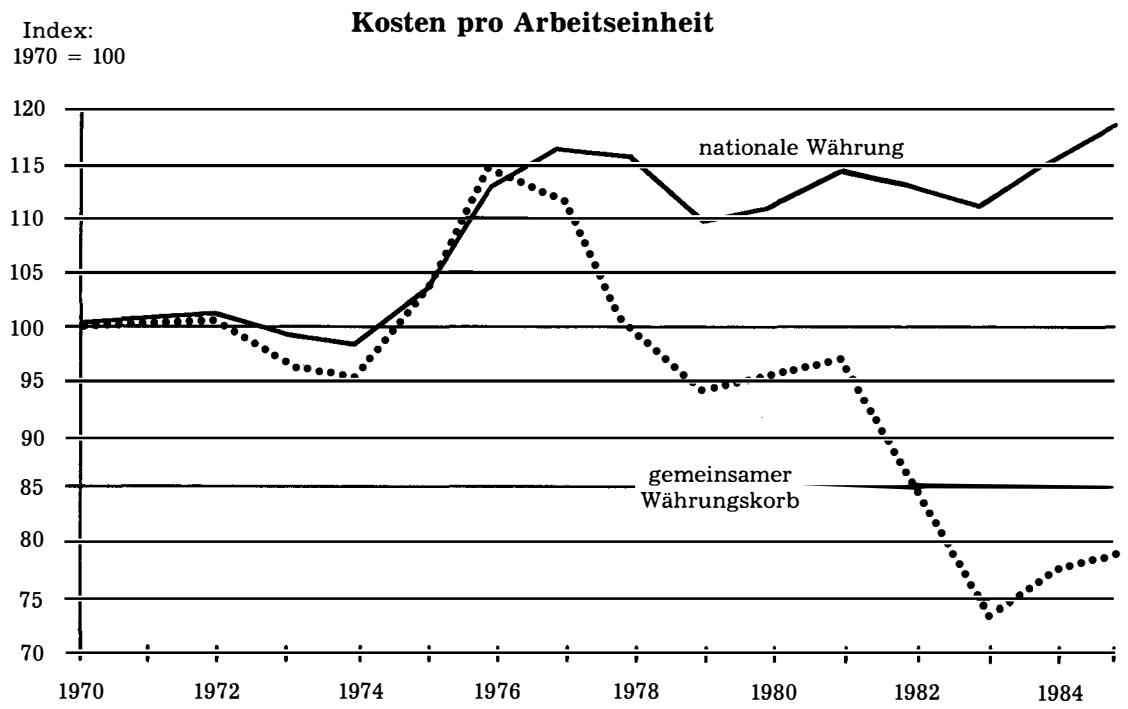
Das bedeutet, daß die Leistungsbilanz immer wichtiger wird. Wie zuvor erwähnt, verbesserte sich diese in den Jahren 1982 bis 1984 sehr stark und oszilliert seitdem um den Nullsaldo. Dies genügt jedoch bei weitem nicht, da Schweden in der Zeit der konservativen Regierungen große Auslandsschulden angehäuft hat. Die Zinslast ist groß und das Kapital muß so oder so zurückgezahlt werden.

Die Lohnsteigerungen für Arbeiter in der Industrie zwischen 1980 und 1986 fielen in Schweden im Vergleich zu den USA, der BRD und den meisten wichtigen Mitstreitern auf den internationalen Märkten viel stärker aus. Trotz erheblicher Lohnsteigerungen fielen die realen Löhne sehr stark nach dem zweiten Ölpreisschock, um sich erst in jüngster Zeit wieder zu erholen.

Die Inflation war in Schweden höher als in den Niedriginflationsländern wie der BRD, lag aber im großen und ganzen im Durchschnitt der OECD-Länder, um nach 1983 diesen zu übersteigen.

Die Wettbewerbsfähigkeit schwedischer Exportprodukte wurde durch Abwertungen, erst 1979, später 1981 und 1982, gefördert. Diagramm 3 zeigt die Kosten pro Arbeitseinheit in schwedischer Währung und einem Währungskorb. Die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit seit der letzten Abwertung war Gegenstand vieler Diskussionen. Durch die sehr starken Veränderungen der Wechselkurse zu den Hauptwährungen in den letzten Jahren ist sie aber nur schwer abzuschätzen.

Diagramm 3:

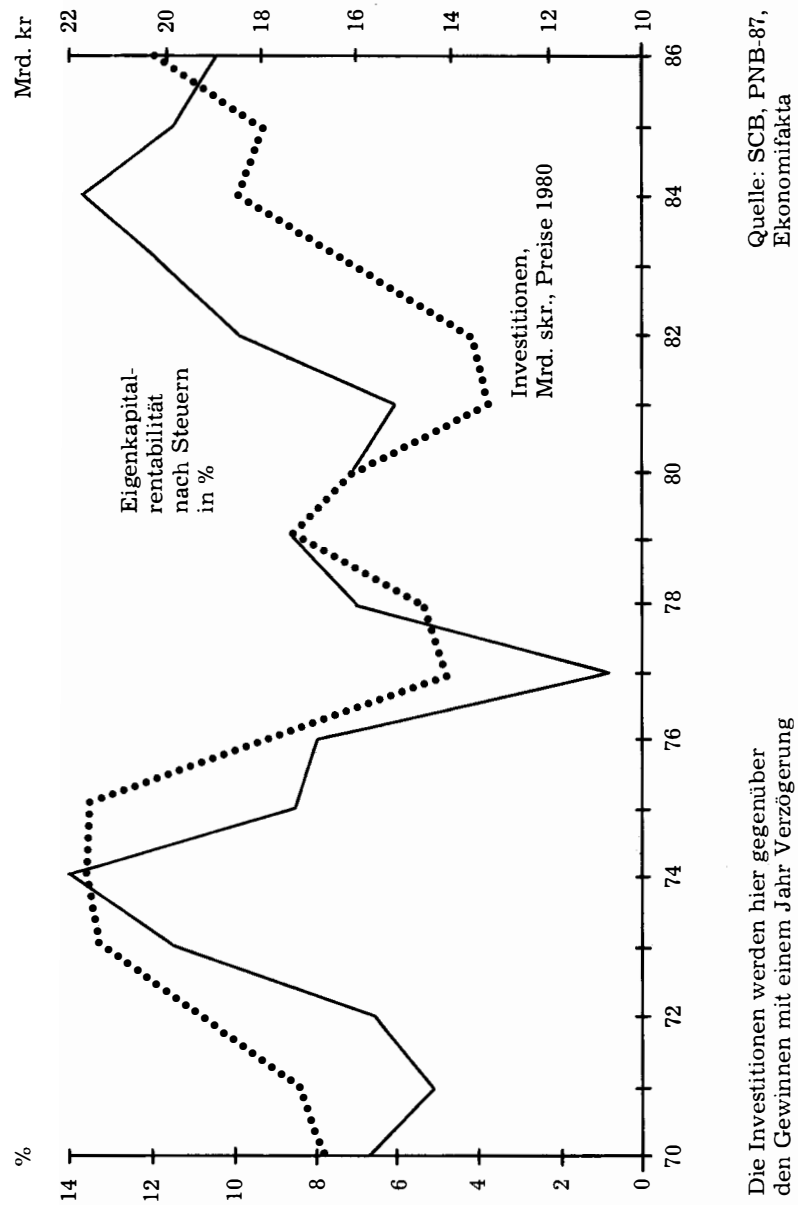


Quelle: KI, OECD

Die Schwedenkrone befindet sich in einem nach Handelsvolumina gewichteten Korb der wichtigsten Währungen, in dem dem US-Dollar wegen seiner Bedeutung für die Preisgestaltung der Weltmärkte, insbesondere für Holzprodukte, doppeltes Gewicht verliehen wurde. Dies führte zu einer Aufwertung der Krone gegenüber anderen Währungen als der Dollar stieg und einer Abwertung im umgekehrten Fall. Durch

Diagramm 4:

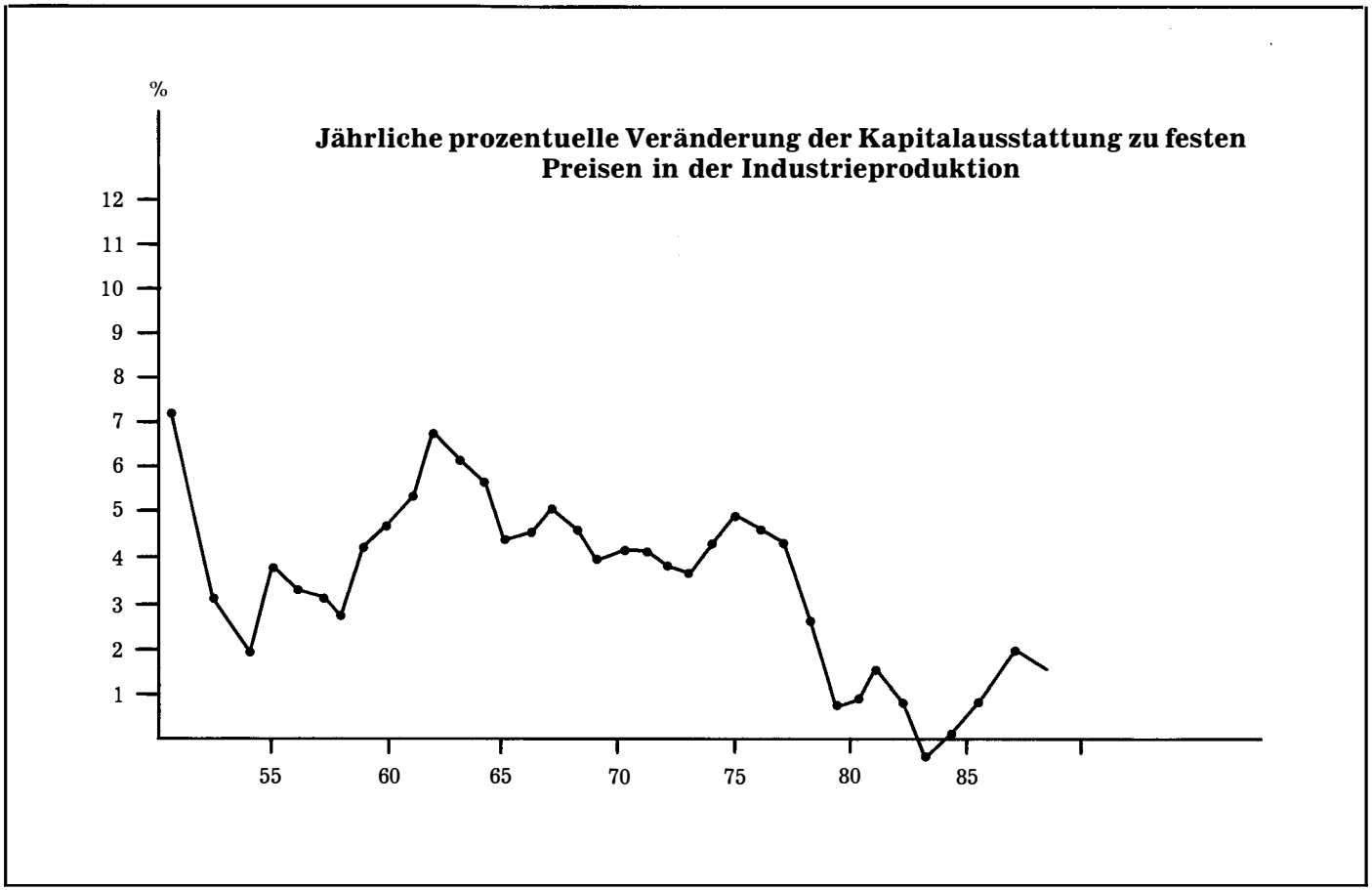
Gewinnspannen und Investitionen in der Industrie 1970–1986



Die Investitionen werden hier gegenüber den Gewinnen mit einem Jahr Verzögerung dargestellt.

Quelle: SCB, PNB-87, Ekonomifakta

Diagramm 5:


%
Jährliche prozentuelle Veränderung der Kapitalausstattung zu festen Preisen in der Industrieproduktion
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1
55
60
65
70
75
80
85

die Abwertung der letzten Jahre im Gleichklang mit dem Dollar scheint sich die Wettbewerbsfähigkeit soweit erhalten zu haben.

Dies führt uns zur Gewinnentwicklung. Immer wieder wird darüber diskutiert, wie denn Gewinne korrekt zu messen seien. Ich glaube nicht, daß es eine „korrekte" Messung gibt. Man muß nur sagen, was für ein Maß verwendet wird. Diagramm 4 zeigt Gewinnspannen in der Industrieproduktion abzüglich der Abschreibungen und Steuern. Ich gebe voll zu, daß die Abschreibungen immer eher willkürlich festgelegt werden. Die Schwankungen waren erheblich, mit einem starken Anstieg nach dem Regierungswechsel 1982. Es war eines der großen Probleme in den Gewerkschaften und der Partei, die Notwendigkeit dieses Anstieges zu erklären. In diesem Diagramm werden die Gewinne mit den Investitionen zu konstanten Preisen verglichen. Während aus der Gewinnentwicklung kein Trend abgeleitet werden kann, sieht man einen deutlichen Abwärtstrend in den Investitionen, was bedeutet, daß die Investitionsneigung bei gleichbleibendem Gewinniveau wahrscheinlich wegen wachsender Unsicherheit in den internationalen Märkten gesunken ist.

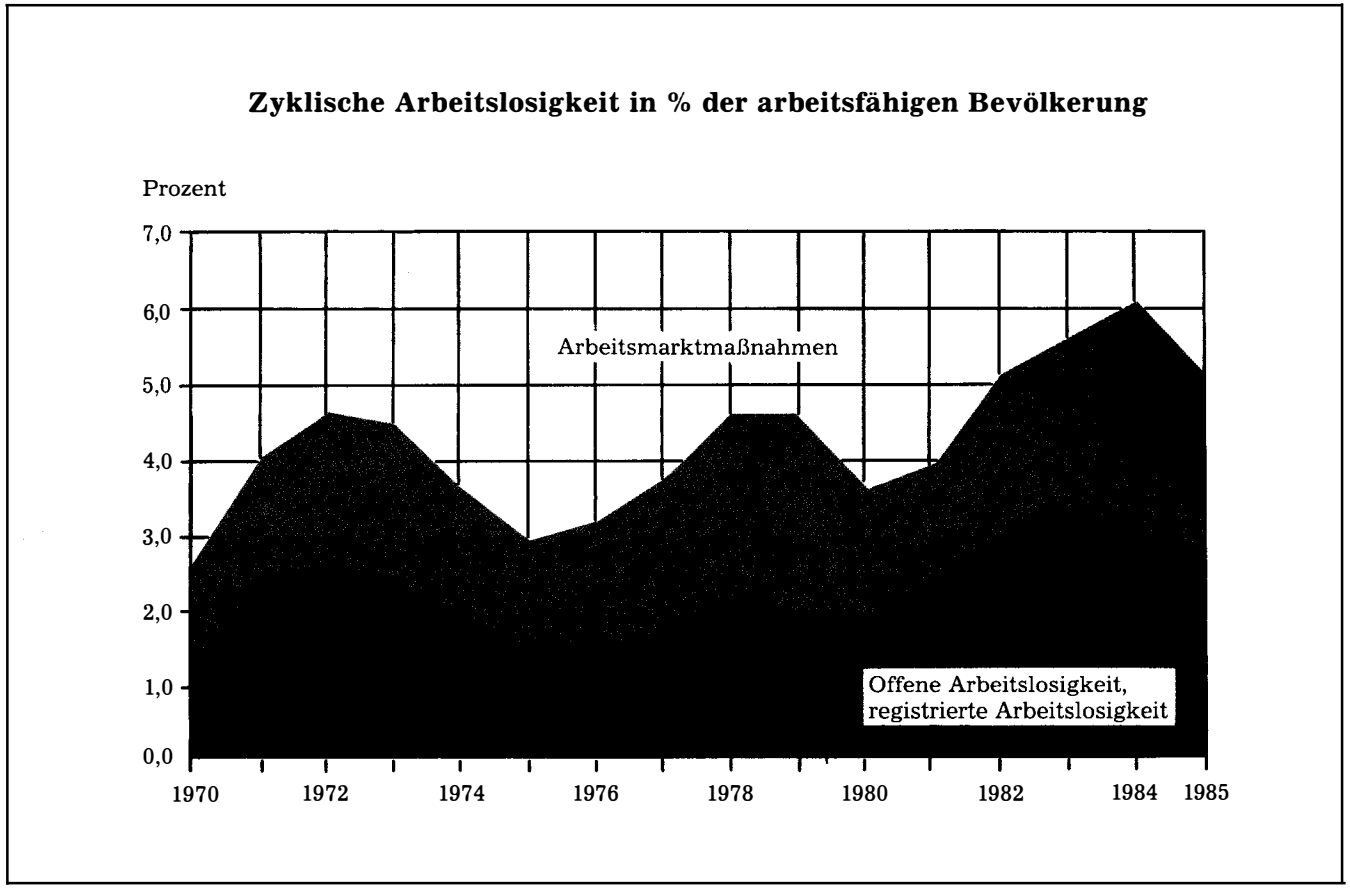
Die Investitionsschwäche zeigt sich ganz klar in Diagramm 5 in den Zuwachsraten der Kapitalausstattung. Man sieht, daß der starke Produktivitätsanstieg in den Jahren bis 1974 durch eine schnelle Zunahme der Kapitalausstattung unterstützt wurde, daß dieser Anstieg danach aber schwächer war, was wiederum einen langsameren Produktivitätsanstieg zur Folge hatte, und daß das Niveau von vor 1974 bisher nicht wieder erreicht wurde – und dies trotz ziemlich hoher und steigender Kapazitätsauslastung.

Die Budgetdefizite stiegen während der konservativen Regierungsperioden stark an und wurden seitdem schrittweise verringert, obwohl es immer noch Diskussionsgegenstand der sozialdemokratischen Regierung und der Gewerkschaften ist, wie schnell sie reduziert werden sollten.

Ich möchte diesen Überblick mit der positivsten Seite beschließen, nämlich der Arbeitslosigkeit in Schweden im Vergleich zu anderen Ländern. Der Unterschied war während des gesamten Zeitraumes beachtlich. Die schwedische Arbeitslosenrate wird hier ohne Arbeitsmarktmaßnahmen gezeigt: Sozialarbeit, Umschulung, verdeckte Arbeitslosigkeit etc. Es gibt solche Maßnahmen auch in anderen Ländern, aber darüber habe ich keine Zahlen. Diagramm 6 zeigt die Bedeutung solcher Aktivitäten in Schweden während der letzten 15 Jahre.

Arbeitsmarktmaßnahmen sollten jedoch nicht der offenen Arbeitslosigkeit gleichgesetzt werden, wie es viele Konservative wohl tun möchten, da insbesondere Umschulungsmaßnahmen, die den größten Teil darstellen, sehr produktiv sind, da sie die Arbeitslosen auf neue Jobs vorbereiten. Etwa 80 Prozent derjenigen, die an Umschulungen teilnehmen, bekommen eine neue Beschäftigung, die meisten davon in der Branche, für die sie vorbereitet wurden. Wie alle anderen Länder haben jedoch auch wir steigende Probleme mit älteren Langzeitarbeits-

Diagramm 6:


Zyklische Arbeitslosigkeit in % der arbeitsfähigen Bevölkerung
Prozent
7,0
6,0
5,0
4,0
3,0
2,0
1,0
0,0
Arbeitsmarktmaßnahmen
Offene Arbeitslosigkeit,
registrierte Arbeitslosigkeit
1970
1972
1974
1976
1978
1980
1982
1984
1985

losen. Nicht weniger als 70 Prozent der Langzeitarbeitslosen sind über 45 Jahre alt. Wenn Werke geschlossen werden, insbesondere in Gebieten mit nur einem Industriezweig, verliert ein erheblicher Teil der Arbeiter, zumeist Frauen, den Arbeitsplatz für immer.

Vor diesem Hintergrund möchte ich die drei Probleme der Gegenwart und der Zukunft der schwedischen Wirtschaft, die ich oben erwähnt habe, darlegen: Lohn- und Stabilitätspolitik, die zukünftige Entwicklung des öffentlichen Sektors und die Bewegungsfreiheit eines kleinen, hochindustrialisierten Landes in heutigen und zukünftigen internationalen Gegebenheiten.

Lohnverhandlungen

Seit dem ersten Ölpreisschock sind Nominallöhne und Preise rasch angestiegen. Die Gewerkschaftsbewegung ist in Schweden sehr stark. Solange die Arbeiter des privaten Sektors – Mitglieder der LO (Arbeitnehmerorganisation) – die Lohnverhandlungen dominierten, gab es nur zwei wichtige Partner, die in der Lage waren, makroökonomische Verantwortung bereits in den 60er Jahren, als bereits Spannungen mit Privatangestellten und Arbeitern des öffenlichen Sekors spürbar wurden, auf sich zu nehmen.

Diese Situation ermöglichte es der LO auch, ihre solidarische Lohnpolitik mit großem Erfolg innerhalb der eigenen Organisation zu verfolgen, wobei Lohnunterschiede stark abgebaut wurden. Die durchschnittlichen Unterschiede zu Angestelltengehältern blieben jedoch unverändert. Sie wurden nur durch höhere Grenzsteuersätze und steigende Steuerlast reduziert.

Jetzt aber, da die Gehaltssumme der Angestellten höher als die Lohnsumme der Arbeiter in der Privatwirtschaft ist, und da die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor – einschließlich der in der Produktion beschäftigten – 40 Prozent aller Erwerbstätigen ausmacht, gibt es mindestens sechs größere Organisationen und Gruppierungen, die an den staatlichen Lohnverhandlungen teilnehmen. Deswegen und auch wegen der Inflationsschocks und der abrupten Stagnation des Produktivitätszuwachses führten Rivalitäten unter den Gewerkschaften und der Lohndruck seit den frühen 70er Jahren zu einem Anstieg der Nominallöhne weit über dem Spielraum für Reallohnsteigerungen.

Ich muß zugeben, daß unsere Gewerkschaftspolitik der Solidarität eine Schwäche hat: sie bietet kein zuverlässiges Gegenmittel gegen die inflationären Tendenzen der modernen Mischwirtschaften. Das ist ein wichtiger Punkt, da für die erfolgreiche Verbindung der Ziele „Vollbeschäftigung" und „wirtschaftliches Gleichgewicht und Stabilität" in Verbindung mit befriedigenden Wachstumsraten eine niedrige Inflationsrate Voraussetzung ist. Das Zaudern und die Unfähigkeit, die inflationären Effekte der Lohnfestlegung verläßlich in den Griff zu bekommen, ist das schwächste Glied der Arbeiterbewegungen in fast allen Industrieländern.

Im Gegensatz zu der Situation in den meisten anderen industrialisierten Ländern bildet die Arbeitslosigkeit in Schweden eine schwere politische Verantwortung für jede Regierung, ob konservativ oder sozialdemokratisch. Inflationäre Lohnforderungen können nicht wie in den meisten anderen Ländern willkürlich durch restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche die Arbeitslosenrate ansteigen lassen, gezügelt werden. Diese Tatsache sollte allerdings als Vorzug der schwedischen Gesellschaft betrachtet werden. Sie zeigt, daß ein halbes Jahrhundert sozialdemokratischer Politik einen dauerhaften Einfluß auf Einstellungen, die weit über die Grenzen der Wählerschaft der Partei hinausgehen, hat.

Der Versuch jedoch, die Beschäftigung hochzuhalten, hat unmittelbare Auswirkungen auf die außenwirtschaftliche Bilanz. Die Exportpreise für industriell hochwertige Produkte hängen nämlich eher von den Produktionskosten als von den Weltmarktpreisen ab. Das bedeutet, daß Kostensteigerungen auf die Verschlechterung der Handelsbilanz mehr Einfluß haben als kalkulierte Gewinne. Das ist ein weiterer politisch heikler Punkt. Die Preise werden hochgehalten, um die Gewinne nicht zu reduzieren, die Exporte siechen aber dahin.

Daher wird jede Regierung, sei sie nun sozialdemokratisch oder konservativ, bis zu einem gewissen Grad zum Spielball der Teilnehmer am Arbeitsmarkt, die ihre traditionelle Rolle spielen: einerseits die Gewerkschaften, die höhere Löhne fordern, andererseits die nach Gewinn strebenden Unternehmen. Keine Regierung aber kann eine sich beschleunigende Inflation akzeptieren. Die Arbeitgeber wissen, daß eine Regierung die Verantwortung dafür trägt sowohl die Beschäftigung als auch das Gewinniveau hochzuhalten, damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Investitionen gesichert werden – sei es am Ende auch durch Abwertung der Währung zur Ankurbelung der Wettbewerbsfähigkeit. In so einer Situation gibt es keinen Grund, die Kosten eines Konfliktes zu riskieren, nur um Lohnforderungen nicht nachzugeben. Seit die neue Regierung 1982 in Schweden an die Macht kam, spielten sich außerdem die meisten Arbeitskonflikte im öffentlichen Sektor ab.

Die Lohn- und Gehaltsbezieher sind die großen Verlierer im Inflationsreigen, während die Arbeitgeber und Geschäftsleute immer die Möglichkeit haben, sich dagegen zu schützen und sogar Profit daraus zu schlagen. Die Preisstabilität liegt aber im Interesse der Lohnabhängigen, da sie der Regierung erlaubt, das Niveau der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage anzuheben und damit einen Produktivitätszuwachs zu ermöglichen. Es läßt sich zeigen, daß es eine positive Beziehung zwischen Nachfrage und Produktion auf der einen und dem Produktivitätszuwachs auf der anderen Seite gibt. Ein hohes gesamtwirtschaftliches Nachfrageniveau regt zu Produktionssteigerungen an. Daher gibt er hier eine positiven Kreislauf: Lohnsteigerungen erzeugen Nachfrage, stimulieren die Produktion und vergrößern den Spielraum für weitere Lohnerhöhungen – solange, als dieser Vorgang die Inflation gerade noch nicht anheizt.

Aus diesen Gründen aber neigen Lohnverhandlungen dazu, einen perversen Charakter anzunehmen. Das traditionelle Bild der Arbeitnehmer, die Lohnerhöhungen fordern, und der Arbeitgeber, die sich diesen Forderungen widersetzen, erscheint viel zu simpel. Es wird zum Interesse aller Lohnbezieher als Gruppe, die Lohnerhöhungen niedrig zu halten, vorausgesetzt, daß auch die Preise niedrig bleiben. Es liegt aber immer im Interesse des Individuums, das Einkommen stärker als andere zu erhöhen. Demgegenüber sind die Arbeitgeber eher indifferent und sehen im Einzelfall höhere Löhne als Mittel zur Motivation ihrer Mitarbeiter und als Anreiz für neue Mitarbeiter. Dies ist insbesondere in gewinnträchtigen Unternehmen der Fall.

Gleichzeitig gibt es aber, wie bereits erwähnt, eine starke Rivalität zwischen den verschiedenen Kategorien der Lohnabhängigen bezüglich der kleinen Reallohnzuwächse, die die schwache Produktivitätsentwicklung erlaubt. Arbeiter stehen gegen Angestellte und diese wiederum gegen höhere Angestellte, Industriearbeiter gegen öffentlich Bedienstete und so weiter. Außerdem sollen die Unternehmensgewinne hoch bleiben, um zu Investitionen zu motivieren. Man kann sie nicht „wegverhandeln". Gewinne sind aber kein Ziel der Arbeiterbewegung, sondern eine politische Restriktion, noch dazu eine schmerzlich spürbare; da gibt es keinen Ausweg.

Diese Rivalität kann keine andere Form als die des Wettbewerbs der Lohnforderungen annehmen. Außerdem ist es sehr schwierig, die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und auch viele ihrer Führer dazu zu bringen, die neue Situation zu verstehen und zu akzeptieren. Daher werden die Löhne durch starke Gewerkschaften hinaufgezwungen, obwohl es im Interesse aller Lohnbezieher läge, sie gemeinsam mit den Preisen unten zu halten.

Gewerkschaftsführer können nicht für eine verantwortungsvolle Lohnpolitik eintreten, solange nicht die Unternehmen eine verantwortungsvolle Preispolitik betreiben. Warum aber sollten sie dazu beitragen wollen, die Inflation niedrig zu halten, wenn das nicht in ihrem persönlichen Interesse liegt? Wenn sie im Gegenteil sogar noch davon profitieren können? Das Problem der Verschärfung der Preispolitik liegt, ob nun das Instrument der Preisüberwachung oder der Preisregelung gewählt wird, in der enorm großen Zahl von Preisen und Qualitäten und in ihrer Veränderlichkeit in der heutigen Industriegesellschaft, obwohl computergestützte Methoden sie graduell besser beherrschbar machen.

Für eine sozialdemokratische Regierung ist es politisch nicht ganz einfach, sich abermals gegen die konservative Opposition in der Preispolitik durchzusetzen. Versuche waren früher schon oft nicht von Erfolg gekrönt, meistens weil die Grenzen dieser Art von Politik nicht gut genug verstanden oder respektiert wurden.

Die Preispolitik steht im Zentrum der Kontroverse zwischen den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, die meistens dann entsteht, wenn letztere an die Regierung gelangt. Dies ist auch in Schweden der Fall. Als Arbeiterpartei- und Gewerkschaftsvertreter in den nordischen

Ländern unlängst eine auf hohem Niveau stehende Schrift über Wirtschaftspolitik herausgaben, befand sich nur sehr wenig über Preispolitik darin. Das war auch der einzige Punkt wirklicher Meinungsverschiedenheit. Ich werde im folgenden noch auf diese Schrift zurückkommen.

Die Gewerkschaften treten für eine kräftigere Preispolitik ein, um Spielraum für Reallohnsteigerungen zuzulassen und die Pioniergewinne in wichtigen Regionen mit großem Nachfragedruck und schwacher oder nicht existenter Konkurrenz zu zügeln, während die Labour-Regierung mehr und mehr marktorientiert wurde und fürchten muß, von der konservativen Opposition als „regulierungsfreudig" apostrophiert zu werden. Tatsächlich jedoch sind diese Spannungen nicht auf die Preispolitik beschränkt – sie durchdringen großteils auch die Stabilitätspolitik und da im besonderen die Geldpolitik. Die Gewerkschaften fordern von der Regierung mehr „Risikopolitik" – Höherhalten der Nachfrage, niedrigere Zinsen, langsameren Budgetdefizitabbau und, wo sie angebracht sind, mehr Regelungen – um stärkeres Wachstum und schnellere Zuwächse sowohl der Produktivität als auch der Beschäftigung zu erzeugen.

Im Gegensatz dazu möchten die Regierungen breitere Sicherheitsspannen durch vorsichtige Nachfragepolitik, schnellere Budgetdefizitreduktion, hohe Zinsspannen gegenüber den internationalen Märkten, um Devisenabfluß zu verhindern etc.

In den letzten zehn Jahren konnten wir viel von diesem negativen Anhäufungsvorgang, in dem einzelne Länder, meist mit konservativen, manche auch mit sozialdemokratischen Regierungen, versuchten, einander eine restriktive, „vorsichtige" Politik aufzuzwingen, beobachten. Und die Regierungen, die daraus auszubrechen suchten, wurden wieder in die Reihe gezwungen.

Diese Kontroversen und Konflikte zwischen Partei und den Gewerkschaften zersetzte klarerweise die bedingungslose Unterstützungsbereitschaft für sozialdemokratische Regierungen, und zwar sowohl den Enthusiasmus als auch die Bereitschaft zur Stimmabgabe der eher passiven Mehrheit. Gleichzeitig machten sie jede Lohnverhandlungsrunde immer schwieriger, komplizierter und riskanter. Offene Arbeitskonflikte, die früher in Schweden eher selten waren, sind jetzt üblich geworden. In den anderen nordischen Ländern ist die Situation die selbe.

Der Nordische Bericht

Vor einigen Jahren entschieden wir uns deshalb, diese Probleme in einer offenen Diskussion auf nordischer Basis zu erörtern und damit mit der Tradition des Vorspiegelns, daß innerhalb der Arbeiterbewegung immer alles glatt und harmonisch verlaufe, zu brechen. Das Ergebnis war die vor einem Jahr herausgegebene Schrift, die ich bereits erwähnt habe: „Solidarität für Wachstum und Beschäftigung". Ich möchte Ihnen die Hauptpunkte dieser Diskussion schildern, da sie

meiner Meinung nach in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle in der schwedischen Wirtschaftspolitik spielen werden und weil die Probleme, die sie widerspiegeln, in allen kleinen industrialisierten Ländern gleich sind.

Einer der fundamentalen Punkte ist der, daß zwischen der Verantwortung der Regierung und der der Teilnehmer am Arbeitsmarkt eine klare Trennungslinie gezogen werden muß, soll eine kombinierte Beschäftigungs- und Stabilitätspolitik verfolgt werden. Es hat die Verantwortung einer Regierung zu sein, wirtschaftliches Gleichgewicht im Sinne des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage innerhalb der Gesellschaft als ganzes mit Hilfe der Wirtschaftspolitik herzustellen. Und es sollte in ihrer Verantwortung liegen, starre Märkte aufzubrechen und Engpässe durch eine wirksame Industrie- und Arbeitsmarktpolitik zu beseitigen.

Gleichzeitig muß es die Verantwortung der Teilnehmer am Arbeitsmarkt sein, zu Lohnabschlüssen zu gelangen, die mit der Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts einhergehen.

Diese Demarkationslinie zwischen den Verantwortungsbereichen ist jedoch schwieriger zu ziehen, wenn man von Positionen großen Ungleichgewichts ausgeht: Inflation, Arbeitslosigkeit, Leistungsbilanz- und Budgetdefizite usw. Da muß dann ein „Pfad der Stabilisierung" beschritten werden, und zwar mit koordinierten Maßnahmen, wobei die Lohn- und Einkommenspolitik Teile der Strategie sein können.

Die Hauptempfehlung in dieser Schrift ist die „abgestimmte Einkommenspolitik", das sind Maßnahmen, die zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Regierung in Verhandlungen abgestimmt werden. Eine derartige Politik wurde in den nordischen Ländern bei mehreren Gelegenheiten mehr oder weniger deutlich angewendet, allerdings immer nur als Einzellösung für eine schwierige Situation und niemals als permanente Einrichtung. Sie bedeutet etwas ganz anderes als die „gesetzmäßige Einkommenspolitik", mit der es verschiedentlich in vielen anderen Industrieländern versucht wurde, allerdings erfolglos, weil keine Mittel zur Durchsetzung verfügbar waren.

Eine abgestimmte Einkommenspolitik ist ein Dreiparteienabkommen des Gebens und Nehmens, wobei die Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen bei der Wirtschaftspolitik der Regierung mitreden können, aber auch – und das ist sehr wichtig – für ihren Teil in dieser Politik Verantwortung übernehmen müssen. Außerdem müssen sie einen Teil ihres Einflusses auf die Lohnabschlüsse an die Regierung abgeben.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren abgestimmter Einkommenspolitik als Teil einer Stabilisierungsstrategie ist die, daß die Gewerkschaftsmitglieder in die Verteilungspolitik der Regierung Vertrauen haben. Es mag für konservative Regierungen wahrscheinlich schwierig sein, ein solches Vertrauen zu erzeugen. Das ist einer der Hauptkritikpunkte der Angestelltenorganisationen, die politisch neutral sein müssen.

Wirtschaftswachstum durch höhere Produktivität ist die einzig mögli-

che Basis für einen dauerhaften Anstieg des Lebensstandards. Ein solches Wachstum setzt aber eine Methode der Lohnbildung voraus, die mit einer ausgeglichenen Volkswirtschaft konform geht. Als Element einer umfassenden Stabilitätspolitik ist das Ziel der Gewerkschaften daher, die Forderungen ihrer Mitglieder nach kurzfristigen Nominallohnerhöhungen in einen Einkommenstrend, der dauerhafte reale Verbesserungen bringt, umzudeuten. Und eine nicht weniger anspruchsvolle Aufgabe ist es, die Mitglieder von der Gültigkeit dieser Deutung zu überzeugen.

Was die Gewerkschaften zur Durchführung dieser Aufgaben benötigen, ist das Vertrauen ihrer Mitglieder. Die Gewerkschaftsführer müssen die schwierige Position eines Mittelsmannes annehmen, eines Vertrauensmannes der Regierung und ihrer Politik gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern, und andererseits des Garanten gegenüber der Regierung, daß sich die Mitglieder an die Vereinbarungen halten werden. Sollen sie mit dieser Aufgabe Erfolg haben, müssen die Gewerkschaftsmitglieder die Erfahrung hinnehmen, daß ihre Zurückhaltung als Ergebnis steigende Beschäftigung und steigende Reallöhne zeitigt.

Mit zu Beginn großen Ungleichgewichten ist dies natürlich schwer zu erreichen. Das war der hauptsächliche Streitpunkt zwischen der sozialdemokratischen Regierung und den Gewerkschaftsführern, wobei die Regierung das wirtschaftliche Ungleichgewicht schnell ausgleichen wollte, bevor den Individuen Verbesserungen zugestanden würden. Die Gewerkschaftsbosse jedoch wollten ihren Mitgliedern so etwas wie eine Ermutigung mit auf dem Weg geben.

Natürlich werden die Arbeitgeberverbände vergleichbare Probleme haben. Traditionell wird angenommen, daß sie nur glücklich wären, könnten sie die Löhne niedrig halten, aber wie ich zuvor schon sagte, ist ihre Position in Wirklichkeit zweideutig. Das ist der Hauptgrund für die Lohndrift – das sind Lohnsteigerungen über den Abschlüssen – was ein in allen Stabilisierungsprogrammen bekanntes Problem ist, da es die Nachfrage nach Ausgleich in jenen Gruppen erzeugt, die diesen Vorteil nicht genießen, und die mit dem Einkommensniveau der Besserverdienenden Schritt halten möchten.

Die abgestimmte Einkommenspolitik muß als Teil vielseitger Stabilisierungsbemühungen gesehen werden. Die Basis dieser Bemühungen muß eine Wirtschaftspolitik sein, die in der Volkswirtschaft den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen und aufrechtzuerhalten sucht. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen unserer Politik und dem neoliberalen, neoklassischen Ansatz. Ihr Ansatzpunkt ist die NAIRU (Non-Accelerating-Inflation-Rate-Of-Unemployment, die Inflation nicht anheizende Arbeitslosenrate), was bedeutet, daß sie das wirtschaftliche Gleichgewicht durch hohe Arbeitslosigkeit und langsames Wachstum erhalten wollen. Sie bewegen sich entlang der Phillipskurve abwärts, um die Inflation einzudämmen. Wenn wir versuchen, ein Gleichgewicht zwischen realem Angebot und Nachfrage herzustellen, versuchen wir, die Phillipskurve nach links unten zurückzuverschie-

ben, um das Verhältnis zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit dauerhaft zu verbessern.

Zusätzlich muß eine abgestimmte Einkommenspolitik mit aktiver Arbeitsmarkt- und Industriepolitik kombiniert werden, um Engpässe zu beseitigen und die Investitionen in die Infrastruktur und neue Technologien anzukurbeln. Eine faire Verteilungspolitik – die sowohl soziale Reformen als auch Maßnahmen der Fiskalpolitik einschließen kann – muß garantieren, daß Beschränkungen nicht zu Beschränkungen der Schwachen zugunsten der Bessergestellten werden.

Weiters ist es von entscheidender Wichtigkeit, daß die abgestimmte Einkommenspolitik durch eine wirksame Preispolitik unterstützt wird, die ungerechtfertigte Preiserhöhungen verhindert sowie den Markt- und Preiswettbewerb zum besseren Funktionieren bringen. Wie bereits erwähnt, ist dies eine Frage, in der die Arbeitnehmerorganisation mit der Regierung nicht voll übereinstimmt. Letztere würde argumentieren, daß die Preise so eng mit den Kosten zusammenhängen, daß eine verantwortliche Lohnpolitik ausreicht, um sie stabil zu halten. Die Inflationsrate ist im letzten Jahr wohl im Einklang mit geringeren Lohnerhöhungen gesunken, doch scheint dies großteils auf fallende Ölpreise zurückzuführen sein. Die Probe aufs Exempel kommt 1987, wenn sich der Ölpreis stabilisieren oder vielleicht sogar wieder steigen wird. Die Arbeitnehmerorganisation müßte dann fürchten, daß zuviel dieses Vorteils der Lohnstabilisierung die Gewinne hinaufschnellen ließe.

Im Rahmen einer koordinierten Wirtschaftspolitik muß die Lohnpolitik auf dem realen ökonomischen Spielraum fußen, der Gewinn und Lohnerhöhungen erlaubt. Als entscheidende Voraussetzung für stabilisierende Lohnpolitik hat sich erwiesen, daß die beteiligten Parteien Zutritt zu gewöhnlichen Basisdaten und einer Schätzmethode haben müssen. Vor beinahe zwanzig Jahren entwickelten wir eine solche Methode gemeinsam mit Arbeitgebern und Angestelltenorganisationen, die international als das Skandinavische Modell bekannt wurde. Bald darauf war sie durch die Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die der erste Ölpreisschock mit sich brachte, veraltet. Dieselben Organisationen arbeiten derzeit an einem neuen Modell, das diesen Bedingungen angepaßt wird, und ich hoffe, daß es zumindest in der ersten Hälfte des neuen Jahres fertig sein wird.

Weiters erfordert eine Anpassung der Löhne und der Gewinne an den von der internationalen Wirtschaftsentwicklung vorgegebenen Spielraum eine beachtliche Zentralisierung der lohn- und einkommenspolitischen Entscheidungen in der einen oder anderen Richtung. Sie erfordert auch, daß der Teil der Lohnfestsetzung, der sich jetzt außerhalb dieser zentralen Entscheidungen befindet – die Lohndrift – die Vereinbarungen nicht unterminieren darf. Sie sollte soweit wie möglich in diesen Rahmen einbezogen werden.

Nun ist einer der heikelsten Punkte der, wie die Lohndrift in einer abgestimmten Einkommenspolitik zu behandeln sei. Die Ausgleichsforderungen, die durch sie verursacht werden, müssen an der Zerstö-

rung des ganzen Stabilisierungsversuches gehindert werden. Die Lohndrift wird jedoch durch die Meinung der Arbeitnehmer unterstützt. Sie wird oft als Belohnung für besondere Anstrengungen aufgefaßt – gute Produktivitätsentwicklung, gute Teamarbeit, was alles das Unternehmen gewinnträchtiger macht. Das endgültige Ergebnis der Kompensationsspirale ist aber, daß jeder schlechter aussteigt, da der Spielraum für Lohnerhöhungen überschritten ist, was die Regierung veranlaßt, das Wachstum zu bremsen und die Arbeitslosenrate zu erhöhen, um die Inflation zu dämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

Ich bin ziemlich überzeugt, daß Ihre Reaktion auf dieses Modell der abgestimmten Einkommenspolitik ist: das ist zu schwierig! Es ist unmöglich erreichbar. Und vielleicht haben Sie recht. Das ist eigentlich der am meisten gerechtfertigte Kritikpunkt. Ich möchte auf noch etwas kommen. Die meisten Wirtschaftswissenschafter sagen, daß es hier keinen Ausweg gibt, außer hohe Arbeitslosigkeit zu akzeptieren oder die Gewerkschaften zu zerschlagen und zu individuellen Verhandlungen überzugehen. Aber Länder mit schwachen Gewerkschaften und großen Bereichen außergewerkschaftlicher Lohnfestsetzung hatten nicht weniger, sondern oft mehr Inflation. Daher scheinen auch die traditionellen „Marktmechanismen" dieses Problem nicht lösen zu können.

Andere denken, daß das Problem mit einem administrativen Trick, durch Steuereinnahmenpolitik, gezielte Subventionen oder etwas anderes gelöst werden kann. Aber ich glaube nicht an solche Tricklösungen, weil sie nicht das Gefühl der Verantwortung für das Ergebnis in den Organisationen oder ihren Mitgliedern wecken. Im Gegenteil, sie würden sich getäuscht fühlen und nach Wegen suchen, die Tricks zu umgehen. Und sie werden immer welche finden.

Der Bericht über die abgestimmte Einkommenspolitik ist auf viel Skepsis gestoßen, sowohl von den Arbeitgeber- als auch von den Angestelltenorganisationen. Man sagt, daß sie die Macht des Parlaments in Fragen der Wirtschaftspolitik wegnähme. Aber es kann wohl hinterfragt werden, wieviel reale Macht dem Parlament in solchen Fragen weggenommen werden kann, wenn man ein System der Mehrheitsregierung hat. Die politisch neutralen Angestelltenorganisationen sagen, daß sie ein System, das eine sozialdemokratische Regierung zur Voraussetzung hat, nicht akzeptieren können. Die konservativen Regierungen jedoch haben bereits ihren eigenen Weg zur Lösung des Stabilisierungsproblems entwickelt – durch hohe Arbeitslosigkeit. Wir sehen das überall in der industrialisierten Welt. Sie werden unsere Lösung ohnehin nie akzeptieren.

Was wird in den nächsten Jahren auf dem schwedischen Arbeitsmarkt passieren? Wir haben letztes Jahr zweijährige Abschlüsse gemacht, die nächste Runde wird also 1988 sein. Für diese Verhandlungen werden wir den Bericht als tragfähige Basis für Berechnungen haben. Aber die Konflikte sind auf allen Seiten tief verwurzelt, sowohl innerhalb der Arbeitsgeber- als auch in und zwischen den Gewerkschaftsorganisationen. In Anlehnung an diesbezügliche Prognosen sind

außerdem die Spannen für reale Zuwächse sehr gering.

Es ist sehr gut möglich, daß wir eine weitere traditionelle Verhandlungsrunde mit frustrierenden und inflationsfördernden Ergebnissen haben werden. Meine Überzeugung ist es aber, daß wir früher oder später auf die abgestimmte Einkommenspolitik als einzig mögliche Lösung kommen werden, je früher desto besser. Es ist in der Tat schwierig, aber sie wurde in einigen Ländern in der Praxis ausprobiert und hat, wenn auch nicht immer, funktioniert.

Der öffentliche Sektor

Ein anderes wichtiges Problem, das ich hier streifen möchte, ist die Entwicklung des öffentlichen Sektors. Er hat sich in Schweden in den letzten 15 Jahren überaus rasch ausgeweitet. In Tabelle 1 sehen Sie die Ausweitungen der Beschäftigungszahlen, der Produktion, der Gesamtausgaben und der Transferzahlungen. Die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigung und der Produktion ist durch die Annahme eines Produktivitätszuwaches von null verursacht. Die öffentliche Produktion, wie etwa Telekommunikation, Stromversorgung oder ähnliches, ist nicht inkludiert.

Tabelle 1

Der öffentliche Sektor Schwedens (in %)

	1970	1985
Beschäftigte im öffentl. Sektor	20,6	33,0
Öffentl. Konsum und Investitionen (Anteil am BIP)	26,4	30,8
Anteil der öffentl. Ausgaben am BIP	43,9	65,1
Anteil der Transferzahlungen am BIP	15,7	34,3

Der öffentliche Sektor macht in Schweden einen größeren Teil der Gesamtwirtschaft aus als in jedem anderen Land. Es gibt keinen Zweifel, daß er eine Säule des schwedischen Wohlfahrtssystem ist, wobei die anderen die Vollbeschäftigungspolitik und die wirtschaftliche Gleichheit durch solidarische Lohnpolitik und progressive Besteuerung sind.

Es geht aus den Wahlergebnissen klar hervor, daß die überwältigende Mehrheit das Wohlfahrtssystem erhalten möchte. Seine Größe jedoch und die hohen Steuern, die dazu notwendig sind, haben in den letzten Jahren Kritik nicht nur von den Konservativen laut werden lassen, sondern auch von jenen, die ein ausgedehntes Sozialsystem im Prinzip unterstützen.

Eine Neubewertung des öffentlichen Sektors ist ein heikles Vorhaben für die Arbeiterbewegung, da etablierte Thesen in der Ideologie in

Frage gestellt werden müssen. Trotzdem denke ich, daß eine solche Untersuchung notwendig ist, um die Bereitschaft für zukünftige Entwicklungen zu erzeugen und um zu vermeiden, von Ereignissen überrollt zu werden, die Kampagnen gegen den öffentlichen Sektor in den rechtsdominierten Medien und Forderungen nach Zerschlagung und Privatisierung initiieren.

Eine Untersuchung, die wir unlängst in den schwedischen Arbeitsorganisationen durchgeführt haben, zeigt, daß die Ausdehnung des öffentlichen Sektors in Schweden während der letzten Jahrzehnte eine derartig befriedigende Deckung der Grundbedürfnisse bewirkt hat, daß eine übermäßig Stärkung der gesamten Mittel in den kommenden Jahren nicht mehr notwendig sein dürfte. Andererseits ist eine weitere Entwicklung in Richtung neuer Prioritäten und höherer Effizienz öffentlicher Leistungen innerhalb dieses Gebildes sehr dringend. Das bedeutet unter anderem, daß wir herausfinden müssen, wie wir Veränderungen in der Struktur, die Reduktion oder das Aufgeben einiger Aktivitäten der Mittelfindung durchbringen, oder wie wir andere ausdehnen oder überhaupt neue Quellen finden können.

Die Umverteilungseffekte von Steuern und der Sozialpolitik sind unklar und werden auch innerhalb der Labour-Bewegung viel diskutiert. Das ist jetzt sehr wichtig, da die Reagan-Steuerreform in den USA einen starken Propagandaeffekt hat. Viele Leute glauben, daß unser progressives Steuersystem wegen der Absetzmöglichkeiten sehr wenig oder keine Umverteilungskraft hat, und daß die Familien der Mittelklasse die öffentlichen Dienstleistungen am ehesten ausnützen könnten. Nachforschungen jedoch ergeben, daß wir in Schweden eine eher beachtliche Umverteilung durch Steuern und Transferzahlungen erreicht haben. Eine Steuerreform à la Reagan hat aber viel Interesse angezogen und wir brauchen nun bessere Argumente.

Wie ich zuvor schon sagte, müssen wir Methoden finden, die Veränderungen und Erneuerung im öffentlichen Sektor im Rahmen der vorhandenen Mittel ermöglichen, um ihn den wechselnden Bedingungen der Gesellschaft anzupassen. Die Versteinerungstheorie ist eines der wirkungsvollsten Argumente der Konservativen. Wir brauchen rationale Kriterien für die Veränderungen. Wir werden nicht genügend politische Energie zur Bewältigung der Entwicklungen im öffentlichen Sektor haben, wenn wir vor jedem Veränderungsvorschlag gegen starke Widerstände verschiedener Gruppen innerhalb unserer eigenen Bewegung kämpfen müssen. Wir müssen eine andere als die Salamitaktik zur Mobilisierung von Ressourcen für die Erneuerung finden. Es sollte möglich sein, eine Aktivität schrumpfen zu lassen, wenn der Bedarf dafür zurückgeht, und eine generelle Bewertung anzustellen, wo denn die freiwerdenden Mittel wieder eingesetzt werden könnten.

Es ist insbesondere die höhere Lebenserwartung, die das System belastet. Jeder Aktive hat für mehr und mehr nicht oder nicht mehr Aktive zu sorgen und sie zu unterstützen. Wir leben länger, sind aber bei Erreichung des traditionellen Pensionsalters viel gesünder. Bis jetzt haben alle Reformen ein niedrigeres Pensionsalter eingeschlossen. Die

Frage ist, wenn wir nicht eine Erhöhung diskutieren wollen, ob die Last, die die Aktiven zu tragen haben, sie nicht dazu bringt, das System auseinanderzunehmen. Die meisten frisch pensionierten Leute sind immer noch arbeitsfähig und erreichen eine wesentlich günstigere wirtschaftliche Situation mit ihren Pensionen und eventuellen Nebenbeschäftigungen, insbesondere im Vergleich mit ihren Jahren der schweren Belastung der Unterstützung der Familie.

Allgemeiner gesagt sind die Arbeitszeitverkürzungen für die Gesellschaft immer teurer geworden, weil mehr und mehr Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind, wo manuelle Arbeit weniger leicht durch Maschinen ersetzt werden kann, und für das Individuum ist sie, weil die progressive Besteuerung bereits Normaleinkommen erreicht, zu billig geworden. Daher haben wir politischen Druck auf die Arbeitszeitverkürzung verschiedener Formen, die wir uns schwer leisten können. Wir haben keinen Arbeitskräfteüberschuß in Schweden, und ich denke, daß der scheinbare Überschuß in anderen Ländern ein Ergebnis schlechter Wirtschaftspolitik ist, nicht aber ein Mangel an Arbeit, die getan werden muß.

Es gibt viele andere diskussionswerte Probleme im öffentlichen Sektor. Ich behaupte nicht, auch nur für irgendeines eine Patentlösung parat zu haben. Aber wir müssen sie in unsere eigene Diskussion einbringen, um sie nicht zu Munition für die Angriffe der Konservativen werden zu lassen.

Kleine Länder auf dem Weltmarkt

Zum Abschluß möchte ich noch einige Worte über die Beschränkungen und die Handlungsfreiheit in der Wirtschaftspolitik kleiner Industrieländer sagen, die sehr vom internationalen Handel abhängig sind. Das ist mit meinen beiden anderen Themen stark verknüpft, weil es die Möglichkeit offenläßt, eine andere und in unseren Augen bessere Wirtschaftspolitik zu verfolgen als die der Regierungen großer Länder, insbesondere der USA.

In der Dekade bis Mitte der achtziger Jahre zogen sich die Regierungen der großen Industriestaaten ganz klar von ihrer Verantwortung für die internationalen wirtschaftlichen Entwicklungen zurück und überließen fürderhin Entscheidungen den „Marktmechanismen". Die „Marktmechanismen" in der internationalen Wirtschaft sind die großen multinationalen Unternehmen und Banken.

Das Ergebnis war wachsende Instabilität und Unsicherheit in allen Märkten mit unglaublichen Schwankungen in den Devisenkursen und Warenpreisen, die durch über das Ziel schießende Spekulationen verursacht wurden, die Schuldenkrise der Entwicklungsländer usw. Es ist noch nicht möglich abzuschätzen, ob der Wechsel in der Politik, der bei dem Treffen der „Großen Fünf" im September 1985 eingesetzt hat, einschließt, daß die Regierungen wieder Verantwortung für die internationale Wirtschaftsentwicklung auf sich nehmen werden. Ich persönlich bezweifle, daß das mehr als Lückenfüllermaßnahmen waren.

Deshalb wird das internationale Umfeld, mit dem Regierungen, die Ambitionen haben eine verantwortlichere Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, in kleinen Ländern fertig werden müssen, in der nächsten Zukunft wahrscheinlich genauso schlecht sein wird wie im vergangenen Jahrzehnt.

In Schweden gibt es einige, mit der Größe des Landes verglichen, sehr große multinationale Konzerne: Volvo, Asea, Electrolux, Ericsson, Alfa-Laval etc. Mit der Deregulierung, insbesondere in den Weltfinanzmärkten, gewinnen sie stark an Einfluß auf die schwedische Regierung, daß sie die Zügel, die sie der Wirtschaft angelegt hat, lockern soll. Die Casinogesellschaft nach amerikanischem Muster entwickelt sich in Schweden wie in den meisten anderen Industrieländern stark. Um genügend produktive Investitionen zu bekommen, scheint es keine andere Alternative zu geben, als zu bezahlen, was die Privatwirtschaft verlangt. Freiheraus gesagt haben unsere Alternativen nicht besonders gut funktioniert. Wie man in den Diagrammen sehen kann, sind die Gewinne stark gestiegen, aber wahrscheinlich nicht genug, um die benötigten Investitionen zu garantieren.

Bemühungen, die Gewinne zumindest gleichmäßiger zu verteilen, waren nicht erfolgreich. Das Geld der Lohnbezieher wurde seiner potentiellen Wichtigkeit in der Wirtschafts- und Strukturpolitik durch geschickte Opposition der Konservativen und der Arbeitgeber beraubt – ganz besonders durch Ausnutzung ihrer Dominanz in den Medien. Unter der Oberfläche wurde die Demokratie immer weniger, und die Ungleichheiten sind in den letzten Jahren klar gegen die Intentionen der Regierung gewachsen.

Nichtsdestotrotz fürchte ich mich weniger vor den Verschiebungen in der wirtschaftlichen und in der Machtverteilung, sei sie offen oder versteckt, als vor den langfristigen Wirkungen auf Einstellungen und soziale Normen der tiefgehenden Kommerzialisierung und der wachsenden Dominanz dessen, was ich als „Casino-Einstellung" bezeichnen möchte. Das scheint einer der Gründe für den langsamen Produktivitätsanstieg zu sein, die Schäden können jedoch auch tiefer gehen.

Die Frage der zukünftigen Entwicklung auch in Schweden ist daher sehr stark die, ob Westeuropa fähig sein wird, eine arbeitsfähige wirtschaftliche und kulturelle Alternative zu der US-amerikanischen und japanischen Marktbeherrschung zu entwickeln. Das war einmal der Grund für die Schaffung des gemeinsamen Marktes, der jedoch niemals die Dynamik erhielt, diese Aufgabe zu erfüllen. Nun sind zwar Vorschläge zur Wiederbelebung der Zusammenarbeit auf dem Tisch, das Interesse der Regierungen der führenden Länder ist aber, gelinde gesagt, schwach. In Schweden wächst, glaube ich, das Gefühl, daß die Formalität der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft oder andere solche Fragen mehr und mehr unwichtig werden, und daß die Chance jetzt ist, eine funktionale Zusammenarbeit trotz dieser Formalitäten in Westeuropa zu schaffen.